

URGENT ACTION

TOTE UND VERLETZTE BEI PROTESTEN

PERU

UA-Nr: **UA-105/2022** AI-Index: **AMR 46/6299/2022** Datum: **13. Dezember 2022** – sd

BEVÖLKERUNG VON PERU

In Peru dreht sich anlässlich der Regierungskrise die Gewaltspirale weiter. Insbesondere in Lima und anderen größeren Städten kommt es im Zusammenhang mit der versuchten Niederschlagung der aktuellen Proteste zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen. Es sollen bisher sieben Menschen durch Schusswaffen getötet worden sein, darunter zwei Jugendliche. Dutzende Demonstrierende und Journalist*innen wurden verletzt.

Die aktuelle politische Krise eskalierte, als der ehemalige Präsident Pedro Castillo am 7. Dezember die Auflösung des Nationalkongresses ankündigte. Nach der darauffolgenden Absetzung von Pedro Castillo, der Präsidentschaftsübernahme durch die Vizepräsidentin Dina Boluarte und der Aufstellung des neuen Kabinetts durch die neue Präsidentin kommt es landesweit weiterhin zu massiven Protesten gegen den Kongress und die neuen politischen Kräfte im Land. Im Gegenzug nimmt die Gewalt gegen Demonstrierende zu, die Sicherheitskräfte reagieren unverhältnismäßig. Die neue Regierung scheint diejenigen ins Visier zu nehmen, die ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen Krise zum Ausdruck bringen. Damit reagiert sie massiv auf die Demonstrationen und trägt zu einem Anstieg der Gewalt im Land bei.

Die neue Präsidentin muss das repressive Vorgehen gegen die Demonstrierenden beenden und stattdessen die Menschenrechte und den Dialog in den Mittelpunkt stellen, um eine Lösung für die aktuelle Krise zu finden. Staatliche Gewalt sollte nur dann angewandt werden, wenn sie unbedingt notwendig ist. Sie muss verhältnismäßig sein und einem legitimen Zweck dienen, über den dann Rechenschaft abgelegt werden muss. In Gewaltsituationen müssen die Sicherheitskräfte individuell auf diejenigen reagieren, die für Störungen verantwortlich sind oder die das Leben und die Unversehrtheit anderer gefährden. Als neue Staatschefin hat die Präsidentin die Macht, eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern, eine neue Ära für das Land einzuleiten und den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen von Peru gerecht zu werden.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Nach einer langen politischen Krise eskaliert in Peru die Gewalt. Insbesondere in Lima und anderen größeren Städten kommt es im Zusammenhang mit der versuchten Niederschlagung der aktuellen Proteste zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen. Die Krise eskalierte, als der damalige Präsident Pedro Castillo am 7. Dezember die Auflösung des Nationalkongresses ankündigte. Sowohl das Verfassungsgericht als auch der Kongress lehnten diese Entscheidung ab und Pedro Castillo wurde noch am selben Tag festgenommen. Die damalige Vizepräsidentin Dina Boluarte wurde rasch als Präsidentin vereidigt, und die peruanischen Behörden haben sie offiziell als Oberbefehlshaberin des Militärs anerkannt.

Doch seitdem kommt es landesweit zu massiven Protesten gegen den Kongress und die neuen politischen Kräfte im Land. Nach Angaben der Ombudsstelle wurden bisher sieben Menschen durch Schusswaffen getötet, darunter zwei Jugendliche. Mehreren Medienberichten zufolge wurden Dutzende Demonstrierende und Journalist*innen verletzt. Am 11. Dezember wurden der 18-jährige Romario Quispe Garfias und ein weiterer 15-jähriger Junge in der südperuanischen Stadt Andahuaylas getötet. Die Medien berichteten von zwei weiteren Menschen, die bei Protesten ums Leben gekommen sein sollen. Dutzende von Menschen, darunter sowohl Zivilpersonen als auch Polizeibeamte, wurden durch Schusswaffen und Schlagwerkzeuge verletzt.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC : BFSWDE33XXX . IBAN : DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Darüber hinaus verzeichnete der peruanische Journalistenverband in Lima, Apurímac, Huaura, Arequipa und Puno Angriffe auf 21 Journalist*innen, die zwischen dem 7. und 11. Dezember über die Proteste berichtet hatten. Amnesty International liegen außerdem Informationen über weitere Vorfälle vor, bei denen das Ausmaß der Gewalt die journalistische Arbeit behindert hat. Damit ist das Recht, zu informieren und informiert zu werden, eingeschränkt. Die Aggressionen reichen von der unverhältnismäßigen Anwendung von Gewalt durch die Nationalpolizei bis hin zu Angriffen und Beleidigungen durch Demonstrierende, die versuchten, Journalist*innen ihre Arbeitsausrüstung abzunehmen.

Amnesty International hat Bilder bestätigt, auf denen zu sehen ist, wie die Polizei auf der Plaza San Martin in Lima aus nächster Nähe Tränengaskanister direkt auf die Körper von Demonstrierenden abfeuert. Die Menschenrechtsorganisation erinnert die Behörden daran, dass ein Protest seinen friedlichen Charakter nicht durch Einzelaktionen oder rechtswidriges Verhalten Einzelner verliert. Daher müssen die Menschenrechte derjenigen, die an überwiegend friedlichen Demonstrationen teilnehmen, geachtet, gewährleistet und geschützt werden. Die staatlichen Sicherheitskräfte sollten der friedlichen Lösung der Situation Vorrang einräumen und Gewalt vermeiden, die gegen internationale Standards verstößt.

Die peruanischen Behörden müssen unverzüglich allen Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise gründlich, unabhängig und unparteiisch nachgehen. Amnesty International ist besonders besorgt darüber, dass das Polizeischutzgesetz (Nr. 3110), das seit März 2020 in Kraft ist, die Möglichkeit offenlässt, dass exzessive Gewaltanwendung durch die Nationalpolizei straffrei bleibt, was gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Perus verstößt.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE UND LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, den Dialog zu suchen und alle gewalttätigen Handlungen der nationalen Sicherheitskräfte sofort zu unterbinden. Bitte sorgen Sie dafür, dass jegliche übermäßige Gewaltanwendung gegen Demonstrierende beendet wird. Setzen Sie bitte alle verfügbaren Mittel ein, um das Leben der Verletzten zu schützen und den Familien der Getöteten die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Gewährleisten Sie in Zusammenarbeit mit den Behörden, dass alle Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der aktuellen Krise sofort gründlich, unabhängig und unparteiisch untersucht werden.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN PRÄSIDENTIN

Dina Ercilia Boluarte Zegarra
Jr. De la Unión S/N
Cuadra uno Lima, Lima 15001, PERU
E-Mail: dboluarte@presidencia.gob.pe
(Anrede: Dear Madam President Dina Boluarte /
Sehr geehrte Frau Präsidentin)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK PERU

Herrn Enrique Augusto Noria Freyre
Gesandter-Botschaftsrat (Geschäftsträger a.i.)
Taubenstraße 20, 10117 Berlin
Fax: 030-20 64 10 77
E-Mail: info@embaperu.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **14. Februar 2023** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to seek dialogue and immediately put a stop to all violent acts of the national security forces. This includes effectively putting an end to any excessive use of force against demonstrators, using all available resources to safeguard the life and integrity of all injured persons, providing the necessary support to the families of the deceased and collaborate with authorities investigating all allegations of human rights violations in the context of the current crisis promptly, thoroughly, independently, and impartially.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

